401

Zeitungsspiegel Herausgegeben vom Evangelischen Preßverband für Rheinland

Essen, Dritter Hagen 23, Schließfach 689 · Fernruf Essen 24344 und 24345 · Postscheckkonto Essen 3417

Herausgegeben: Samstag, den 1. Juli 1933 Nr. 75

Vertraulich!

I. Um die kirchliche Neuordnung.

"Kölnische Zeitung" Nr. 350 vom 1.7.1933

a) Ein Brief Hindenburgs an Hitler.

"Die Auseinandersetzungen in der Kirche erfüllen mich mit ernstester Sorge".

Hitler beauftragt Frick.

Berlin, 30. Juni. Reichspräsident von Hindenburg hat an Reichskanzler Hitler in der Frage der Auseinandersetzungen in der evangelischen Kirche folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Die Auseinandersetzungen in der Evangelischen Kirche und die Gegensätze, die zwischen der preußischen Staatsregierung und der Leitung der preußischen Evangelischen Landeskirchen entstanden sind, erfüllen mich als evangelischen Christen wie als Oberhaupt des Reichs mit ernster Sorge. Zahlreiche an mich gerichtete Telegramme und Zuschriften bestätigen mir, daß die deutschen evangelischen Christen durch diese Auseinandersetzungen und durch die Sorge um die innere Freiheit der Kirche aufs tiefste bewegt sind. Aus einer Fortdauer oder gar einer Verschärfung dieses Zustandes muß schwerster Schade für Volk und Vaterland erwachsen und die nationale Einheit leiden. Vor Gott und meinem Gewissen fühle ich mich daher verpflichtet, alles zu tun, um solchen Schaden abzuwenden.

Aus meiner gestrigen Besprechung mit Ihnen über diese Fragen weiß ich, daß Sie Herr Reichskanzler, diesen Sorgen vollstes Verständnis entgegenbringen und bereit sind, auch Ihrerseits zur Überbrückung der Gegensätze mitzuhelfen. Deshalb habe ich die Zuversicht, daß es Ihrer staatsmännischen Weitsicht gelingen wird, durch Verhandlungen sowohl mit den Vertretern der beiden im Widerstreit befindlichen Richtungen der evangelischen Kirche als auch mit den Vertretern der preußischen Landeskirchen und den Organen der preußischen Regierung den Frieden in der Evangelischen Kirche wiederherzustellen und auf dieser Grundlage die angestrebte Einigung der verschiedenen Landeskirchen herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr ergebener
gez. von Hindenburg.

Reichskanzler Hitler hat den Reichsminister des Innern Dr. Frick bereits beauftragt, Verhandlungen im Sinne des vorstehenden Schreibens des Herrn Reichspräsidenten einzuleiten.

"Kölnische Zeitung" Nr. 350 vom 1.7.1933

b) Neue Kirchenverordnung.

Berlin, 30. Juni. Der Kommissar für die Evangelische Landeskirche in Preußen, Jaeger, hat folgende Verordnung erlassen:

386, 387

1. Der Boden der Existenz der im Glaubens- und Bekenntnisstaat auf sich gestellten Kirche kann kein anderer sein, als der Boden der Existenz der Nation.

2. Nach Übernahme der Geschäfte des evangelischen Kirchenbundes durch den Bevollmächtigten des Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, erfolgt nunmehr der geschäftliche Verkehr der evangelischen preußischen Landeskirchen mit dem deutschen evangelischen Kirchenbund wieder unmittelbar. Meine Anordnung vom 24. Juni 1933 Ziffer 3 ist demgemäß aufgehoben.

3. An Stelle des Professors D. Goeters in Bonn bestelle ich für den Bereich der evangelischen reformierten Landeskirche der Provinz Hannover als meinen Bevollmächtigten den Pastor Engels in Osnabrück.

4. Mit sofortiger Wirkung übertrage ich die Befugnisse des Kirchensenats der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover auch meinem Bevollmächtigten, Pfarrer Hahn in Elmslohe.

5. Weitere Anordnungen folgen.

"Kölnische Zeitung" Nr. 350 vom 1.7.1933

c) Jaeger an Wehrkreispfarrer Müller.

Berlin, 30. Juni. Der Kommissar für die evangelischen Landeskirchen in Preußen, Jaeger, hat an Wehrkreispfarrer Müller folgendes Schreiben gerichtet.:
Nachdem ich im Einvernehmen mit Ihnen Herrn Pfarrer Hossenfelder zur Erfüllung der volksmissionarischen Aufgabe Befreiung von den Geschäften seines Amts als geistlichen Vizepräsidenten des Oberkirchenrats gewährt habe, ist Pfarrer Hossenfelder durch diese neue Tätigkeit voll in Anspruch genommen. Obwohl sich nun meine eigene Aufgabe auf die Herbeiführung geordneter außenkirchlicher Zustände beschränkt, werde ich jeweils, um eine umfassende Beurteilung eintreten lassen zu können, der Beratung in geistlichen Dingen nicht entraten können. Ich gestatte mir daher, hochverehrter Herr Wehrkreispfarrer, die Bitte auszusprechen, mir erforderlichenfalls mit Ihrem Rat zur Verfügung stehen zu wollen. In verehrungsvoller Hochachtung und Heil Hitler bin ich Ihr Ihnen sehr ergebener Jaeger.

"Kölnische Zeitung" Nr. 350 vom 1.7.1933

d) Die Generalsuperintendenten.

Berlin, 30. Juni. Der kommissarische Präsident des evangelischen Oberkirchenrats hat an die beurlaubten Generalsuperintendenten der altpreußischen Landeskirche folgendes Schreiben gerichtet:
Um Zweifel zu beheben und Gewissensbedenken zu zerstreuen, stellen wir fest, daß die beurlaubten Herren Generalsuperintendenten nicht nur von ihren Verwaltungsgeschäften, sondern auch von der geistlichen Führung ihrer Sprengel und damit von den in Art. 100 und folgende der Verfassungsurkunde genannten Pflichten entbunden sind, sonderlich auch von der Aufgabe, "Angriffe gegen die Kirche abzuwehren". In diesem Zusammenhang machen wir noch darauf aufmerksam, daß der Schritt des Herrn Staatskommissars und die Tätigkeit seiner Beauftragten nach allen vorliegenden Erklärungen einen "Angriff" nicht bedeutet. Die Herren Geistlichen sind den beurlaubten Generalsuperintendenten in keiner Hinsicht mehr unterstellt und ihnen daher nicht mehr zum Gehorsam verpflichtet.

Evangelischer Oberkirchenrat. Dr. Werner.

75/3

"Der Tag" Nr. 156 vom 1.7.1933

e) Grundlegender Schritt zur Kirchenreform.

WTB. teilt mit:
Um dem einmütigen Wunsche des evangelischen Kirchenvolks und der Kirchenregierungen nach baldiger Schaffung der einigen deutschen evangelischen Kirche so schnell wie möglich zur Erfüllung zu verhelfen, hat der Reichsminister des Innern nunmehr die beschleunigte Prüfung aller Fragen angeordnet, die die Eingliederung der neu zu gestaltenden evangelischen Kirche in das öffentliche Recht des Reiches zum Gegenstande haben.
Er hat zu diesem Zweck den kirchenpolitischen Referenten des Reichsministeriums des Innern, Oberregierungsrat Dr. Conrad beauftragt, unverzüglich die Verbindung mit dem Deutschen Evangelischen Kirchenbund und dem Bevollmächtigten des Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, aufzunehmen.

"Der Tag" Nr. 156 vom 1.7.1933

f) Bildung eines Verfassungsausschusses.

In seinem weitausholenden Rundfunkvortrag unter dem Stichwort: "Gott und Volk - Kirche und Staat" legte Kultusminister Rust noch einmal grundsätzlich den bekannten Standpunkt des Staates in der Kirchenfrage dar. Die Aufgaben des von ihm eingesetzten Kommissars, des Ministerialdirektor Jaeger, umriß Minister Rust mit folgenden Sätzen:

Der Kommissar wird, gemessen an den Anzeichen der kirchlichen Entwicklung, die sich im Anwachsen der "Deutschen Christen" zeigen, im Laufe der nächsten zwei oder drei Wochen in den Gemeinden, Kirchenprovinzen usw. die Vertretungen neu zu regeln haben. Wenn ich heute zum Kampfe aufrufen wollte, so wüßten wir genau, wie er ausgehen würde. Ich glaube aber, der evangelischen Christenheit nicht jetzt noch einen Wahlkampf zumuten zu dürfen. Aus diesem Grunde wird nunmehr die Vertretung in den nächsten Wochen neu geregelt und damit jene Verbindung zwischen Volk und Kirche geschaffen werden, die herzustellen Pflicht ihrer verantwortlichen Männer gewesen wäre. Als zweites wird dann ein Ausschuß unter dem Vorsitz des Vertreters des Reichskanzlers und neuen Vorsitzenden des Kirchenbundes, Pfarrer Müller, zu bilden sein, der sich aus allen ernsthaften Strömungen innerhalb der evangelischen Kirche zusammensetzt. Dieser Ausschuß wird die Arbeiten der neuen Verfassung durchzuführen haben. Die von mir direkt und indirekt eingesetzten Kommissare werden unverzüglich nach Erledigung dieser einfachsten Dinge zurückgezogen, und kein Mensch wird in die weitere Regelung der Kirchenangelegenheiten von seiten des Staates aus noch ein Wort hineinreden.

75/4

"Tägliche Rundschau" Nr. 151 vom 1.7.1933.

g) Massnahmen des Staates und Wünsche der Kirche.

Die Rede des preussischen Kultusminister Rust von Donnerstag abend hat unter den traurigen evangelischen Kirchenstreit zunächst einmal einen Schlußstrich gezogen. Es war eine Anklagerede, wie sie die Führer der evangelischen Kirche bisher wohl nie zu hören bekommen haben. "Berufen Sie sich nicht auf Gott, meine Herren, berufen Sie sich auf das Volk, das kann man kontrollieren. Ihre Berufung auf Gott aber kann man nicht kontrollieren.- Ich will vor der Geschichte recht behalten, ich rufe Gott nicht zum Zeugen an. Vorläufig kann ich nur den Willen Gottes an einem ablesen: Das ist jener lebendige Organismus, in dessen Wesen und Leben ich auch Gottes Finger sehe, das ist die Stimme und der Wille meines Volkes. Wenn wir dieses Volk heute versammeln könnten, ich weiss, es käme zu uns. Es blieben nicht viele bei Ihnen drüben, meine Herren. Auf dieses Volk berufen wir uns, und wir wollen den Namen Gottes aus dem Spiel lassen."
Es bleibt uns noch die Chronistenpflicht, aus den überstürzenden Vorgängen der letzten Woche einiges nachzutragen, zumal zahlreiche Anfragen unserer Leser vorliegen, die dem Gang der Dinge nicht haben folgen können.
Das Ende des öffentlichen Streites, den wir mit allen ernsten Christen nicht minder bedauert haben als Dr. Rust, wurde durch die Einsetzung des Staatskommissars und durch die Erklärung D. von Bodelschwinghs vor dem evangelischen Kirchenausschuß erreicht. In "einem Wort an alle, die unsere deutsche evangelische Kirche lieben", schrieb Friedrich von Bodelschwingh am 24. Juni aus Eisenach: "Durch die heute erfolgte Einsetzung eines Staatskommissars für den Bereich sämtlicher evangelischer Landeskirchen Preussens ist mir die Möglichkeit genommen, die mir übertragene Aufgabe durchzuführen. Dadurch wurde ich genötigt, dem heute hier versammelten Kirchenausschuss den mir von seinen Bevollmächtigten erteilten Auftrag zurückzugeben.
Damit ist aber nicht der Auftrag hinfällig geworden, den ich aus Gottes Hand übernommen habe. Ich scheide nicht aus der innersten Verpflichtung, die mir die vergangenen Wochen auferlegt haben. Ich will gern in diesem Sinn ein "Bischof und Diakon", d.h. ein "Aufseher und Diener" der deutschen Kirche bleiben.
Der Kampf um die innerlich freie Kirche des Evangeliums geht weiter. Er ist zugleich der Kampf um die Seele und um die Zukunft unseres Volkes.
Bei diesem Kampf sehe ich um mich her eine grosse Bundesgenossenschaft. Ungezählte haben sich während der vergangenen Wochen mit ihrer Arbeit und ihrem Gebet hinter mich gestellt. Ihnen allen reiche ich in dankbarster Treue die Hand. Ich bitte Sie, nicht zu verzagen, sondern im Glauben und Bekennen nur desto fester zu werden. Je weniger wir übereinander schelten und je mehr wir füreinander beten, desto eher können wir Führer unserer Gemeinden und unserer Kirche, auch auf neuen Wegen sein. Ich rufe auf, überall Kreise zu sammeln, die zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamen Gebet willig sind."
Von diesem Schreiben D. von Bodelschwinghs unterscheidet sich der Aufruf, den am 25. Juni die Generalsuperintendenten der altpreussischen Union an ihre Gemeinden richteten und zu dem sie, wie verlautet, nach einer ausdrücklichen Anfrage des Staatskommissars auch heute noch stehen. Dieser Aufruf enthält eine Rechtsverwahrung, die von der Regierung verworfen worden ist.

75/5

Während die Handlungen der Staatsgewalt auf dem immer wieder betonten Glauben an die göttliche Berufung Adolf Hitlers beruhen, glauben die Generalsuperintendenten die Reform der Kirche "mit politischen Machtmitteln" ablehnen zu müssen, weil sonst die mutige Verkündigung der evangelischen Wahrheit gefährdet sei. Vor allem dürfe "das Evangelium der deutschen Reformation in einer politisch leidenschaftlich bewegten Zeit nicht politisch verfälscht werden... Eine Persönlichkeit wie die des Pfarrers Hossenfelders in dem höchsten geistlichen Amt unserer Kirche vermögen wir um unseres Gewissens willen nicht anzuerkennen." Es heisst dann weiter in diesem Aufruf: "Am kommenden Sonntag wollen wir diese ganze Not unserer Kirche im Gottesdienst vor das Angesicht des lebendigen Gottes bringen. Es soll ein Buss- und Betgottesdienst sein."

Auf diesen Aufruf haben die kommissarischen Behörden auf verschiedene Weise geantwortet. In diesem Zusammenhang steht einmal die Beurlaubung verschiedener Generalsuperintendenten, besonders von D. Otto Dibelius, sodann aber die Anordnung des Ev. Oberkirchenrates, am Sonntag, 2. Juli, nicht einen Bussgottesdienst, sondern "aus Anlass des grossen Werkes der Neuordnung der Kirche" einen Dankgottesdienst abzuhalten.

Es sind aber noch besondere Anweisungen an die Pfarrer gegangen, die wir dem "Kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 9" entnehmen. Schon am 26. Juni erliess der kommissarische Präsident des E.O.K. Dr. Werner einen Aufruf an die Geistlichen, der aber auch die gesamte Öffentlichkeit angeht:

"Wir machen darauf aufmerksam, dass kirchenpolitische Betätigung sowohl von der Kanzel herunter als in den Gemeinden oder der sonstigen Öffentlichkeit wegen der damit unter Umständen verbundenen Kritik staatlicher Massnahmen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung besonders auf Grund der letzten scharfen Notverordnungen mit sich bringt. Jeder Angriff auf den Staat oder die vom Staat eingesetzten Organe, jeder Angriff auf die von solchen Organen vorgenommenen oder in Aussicht genommenen Massnahmen wird disziplinare Ahndungen, nötigenfalls die Entfernung aus dem Amte zur Folge haben."

Präsident Dr. Werner ordnete an, dass nächsten Sonntag an Stelle des Aufrufes der Generalsuperintendenten folgendes "Wort an die Gemeinden der Kirche der altpreussischen Union" des Vizepräsidenten Hossenfelder in allen Gottesdiensten zur Verlesung gelangt. Darin heisst es: "Es geht heute darum, die Kirche aus ihrer Ordnungslosigkeit zu erlösen, ihr durch eine Neuordnung erst zur wahren Entfaltung ihrer Kraft allein aus dem Glaubensgrunde der Reformation heraus zu verhelfen. Dass es der Staat ist, der Voraussetzungen zur Lösung reiner Ordnungsfragen der Kirche bei der Verwirrung der gegenwärtigen Lage schafft, darf einen Evangelischen, in den Grundanschauungen der Reformation erzogenen Christen nicht wunder nehmen. Die Verkündigung des Evangeliums selbst und der seelsorgerliche Auftrag, den die Kirche allein von ihrem erhöhten Herrn und Heiland Jesus Christus hat, wird dadurch nicht berührt. Alle, die, welche um eine sichere Gestalt unserer Kirche in dem grossen Umbruch dieser Zeit besorgt sind, müssen daher tief dankbar sein für die grosse Last und Bürde, die der Staat bei all seinen ungeheuren Aufgaben auch noch mit der Neuordnung der Kirche übernommen hat."

Schliesslich erging noch von seiten des Präsidenten Dr. Werner an alle Superintendenten und Pfarrer eine besondere Warnung vor dem Aufruf ihrer Generalsuperintendenten, "der geeignet ist, das Vertrauen zur gegenwärtigen Staatsführung auf das schwerste zu erschüttern".

Es ist von seiten der kommissarischen Kirchenregierung alles getan worden, um etwaigen Widerstand, der sich bereits an verschiedenen Stellen gezeigt hatte, unmöglich zu machen. Mit den Massnahmen, dass Wehrkreispfarrer Müller die gesamten Vollmachten des evangelischen Kirchenbundes, und damit das absolute Regiment über alle deutschen

evangelischen Kirchen an sich genommen hat, will man einen Auseinanderfall des evangelischen Kirchenbundes verhindern.
Spannungen sind bei Lage der Dinge natürlich geblieben.
D. v. Bodelschwingh hat an den kommissarischen Präsidenten des E.O.K. ein Schreiben gerichtet. Ausgehend von der Verantwortung, die nach der Designation dem Reichsbischof auf ihm lasten bleibe, "auch nachdem die äussere Weiterführung des bischöflichen Dienstes unmöglich gemacht worden ist, bittet Bodelschwingh, die Verfügung über die Abhaltung eines Dankgottesdienstes und Verlesung der Ansprache Hossenfelders sowie die Verfügung über das Beflaggen der Kirchen und Pfarrhäuser anlässlich der Neuordnung der Kirche durch den Staat rechtzeitig zurückzuziehen, da diese beiden Verfügungen für viele Pfarrer eine schwere Gewissensbelastung bedeuten. Es heisst dann: Während der Staat durch sein Eingreifen der Kirche zu einem heilsamen Verhältnis verhelfen will, wird durch diese Verfügung ein neuer, aber nicht heilsamer Zustand geschaffen, nämlich ein Zustand tiefer und vielleicht langdauernder Zerrissenheit. Diese Zerrissenheit wird auf das stärkste dadurch gefördert, dass alle Kommissare aus der Bewegung der Deutschen Christen entnommen sind .und, dass sie wiederum durch ihre Bevollmächtigten die Verwaltung der Gemeinden in ihre Hände bringen. Hinzu kommt, dass Radio und Presse ebenfalls nur für diese Bewegung offenstehen. Daraus erwächst bei allen Christen die nicht zu dieser Bewegung gehören, der Eindruck, dass sie zu Christen zweiten Ranges gemacht worden sind. Auf diese Weise muss sich auf dem Weg über die Kirche eine bittere Entfremdung zwischen die Volksgenossen legen.
Um unabsehbaren Schaden abzuwenden, füge ich darum der ersten Bitte die zweite hinzu, dass alsbald dem Druck, der auf die Gemeinden gelegt ist, ein Ende gemacht und allen staatsgetreuen Gliedern der Gemeinden das gleiche Recht auch für Radio und Presse gegeben wird."
Dieses Schreiben hat Bodelschwingh gleichzeitig an alle evangelischen Amtsbrüder übersandt und der Öffentlichkeit übergeben. Wie die Evangelische Kirche den nächsten Sonntag begehen und bestehen wird, muss abgewartet werden. Wir möchten glauben - wie es schon immer in diesem Blatte vertreten würde -, dass unsere Kirche allen Grund hätte, in der Busse mit den Kämpfern der Deutschen Christen die Einheit im Glauben an den Gekreuzigten zu finden.

75/7

II. Von den "Deutschen Christen".

"Der Reichsbote" Nr. 146 vom 1.7.1933.

Studentenkampfbund der "Deutschen Christen" und Wehrkreispfarrer Müller.

Wie wir erst jetzt erfahren, hat Wehrkreispfarrer Müller vor einiger Zeit die Reichsführung des Studentenkampfbundes der "Deutschen Christen" empfangen. Der Reichsführer versicherte Wehrkreispfarrer Müller der unbedingten Gefolgschaftstreue des Studentenkampfbundes, der in kurzer Zeit in Deutschland und Oesterreich Studenten, Vikare, Kandidaten und Referendare aller Fakultäten erfaßt hat, die Vorkämpfer für die Ziele der "Deutschen Christen" sein wollen.
Der Studentenkampfbund hat sich Wehrkreispfarrer Müller für den Kampf um die Neugestaltung der deutschen evangelischen Kirche zur Verfügung gestellt. Der Empfang klang in eine spontane Huldigung für Wehrkreispfarrer Müller aus.

III. Die Arbeitsfront.

"Kölnische Zeitung" Nr. 349 vom 30.6.1933.

Das Dinta in der Arbeitsfront.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, hat folgende Verfügung erlassen: Das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung, genannt Dinta, unter der Leitung des Oberingenieurs Arnold hat sich der Deutschen Arbeitsfront unterstellt, und es wird hiermit dem Reichsschulungsleiter Gohdes übergeben.

IV. Verbot der Internationalen Bibelforscher.

"Nationalzeitung" Nr. 177 vom 30.6.1933.

Wegen der Hetze gegen christliche Kirche.

Berlin, 29. Juni. Der preußische Minister des Inneren hat die Internationale Bibelforschervereinigung einschließlich ihrer sämtlichen Organisationen (Wachtturm, Bibel- und Traktat-Gesellschaft, Lünen/Magdeburg, der neuapostolischen Sekte usw.) im Gebiet des Freistaates Preußen aufgelöst und verboten, Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden bestraft.
Das Verbot ist erfolgt, weil die genannten Organisationen unter dem Deckmantel angeblich wissenschaftlicher Bibelforschung eine unverkennbare Hetze gegen die christliche Kirche und den Staat betrieben haben. In ihrer maßlosen Agitation leistete die Internationale Bibelforschervereinigung in hohem und gefährlichem Maße kulturbolschewistische Zersetzungsarbeit.
Bei dieser Sachlage bildete die Vereinigung der Bibelforscher nebst ihren kulturpolitischen Bestrebungen auf freiem politischen Gebiet eine Auffangorganisation für die verschiedensten staatsfeindlichen Elemente.

75/8

V. Kundgebungen und Aufsätze.

"Der Reichsbote" Nr. 146 vom 1.7.1933

Ans Werk! Von Pfarrer Loerzer, stellvertretendem Reichsleiter der "Deutschen Christen".

Tiefe Erschütterung brachte das Erleben der letzten Wochen allen Deutschen, die mit Liebe und Hoffnung an der Kirche Martin Luthers hängen. Denn in unserer großen Zeitenwende in diesen Tagen, da aus tiefster Not und Niedergeschlagenheit unser Volk sich aufrafft zu neuem tapferen Aufbruch, da nicht nur die Lösung politischer und wirtschaftlicher Probleme die Geister in Atem hält, sondern da auch die Herzen und die Seelen aufgetan sind der Verkündigung des Ewigen, begierig, vom Wirken des Allmächtigen zu hören - in dieser großen Zeit versagten die amtlichen Führer des deutschen Protestantismus.

Adolf Hitler, erfüllt von tiefer Ehrfurcht vor jedem religiösen, Bekenntnis, Adolf Hitler, der von Anfang an seine Bewegung auf den unerschütterlichen "Boden des positiven Christentums" gestellt hatte, sicherte den Christlichen Kirchen jede Freiheit zu. Die alten Führer der evangelischen Kirche sollten Ordnung schaffen. Die alten Führer sollten - gestützt und getragen vom hilfsbereiten Wohlwollen des neuen Staates - die Voraussetzungen schaffen für eine verjüngte, lebendige Volkskirche.

Sie haben es nicht geschafft. Fremd standen sie dem Wünschen und Hoffen des Kirchenvolkes gegenüber. Die eiskalte Luft der Bürokratie wehte dem aufbrechenden Kirchenvolk entgegen, blieb und trennte das Volk von der Kirche. Mit seinem Instinkt spürte dies Volk die kühle Reserve der Kirchenregierung gegenüber dem großen Geschehen der Gegenwart. Es fand kein Echo mit seinem heißen Herzen voller Dankbarkeit und Hoffnung, voller Glauben und voller Bitten. Denn die Männer und Kräfte, die die großen Entscheidungen über die Zukunft der evangelischen Kirche fällen sollten, verstanden nicht die neue Haltung, die neue Sprachen des neuwerdenden Volkes. Juristische Spitzfindigkeiten wurden debattiert, formaljuristische "Rechte" der kirchlichen Bürokratie wurden betont - nur von den großen drängenden Aufgaben und Pflichten der Kirche in der neuen Zeit war nicht die Rede.

So verrannte man sich zwangsläufig immer mehr in den Zwist, in die Rechthaberei. Die Unordnung wuchs. Die Feinde des Protestantismus rieben sich die Hände.

Die Frommen aber im Lande wurden nicht froh. Die "Deutschen Christen", die zu positiver Missions- und Evangelisationsarbeit drängten, wurden nicht froh. Und der Staat wurde nicht froh, der gehofft hatte, daß die Verantwortlichen die Aufgabe meistern würden. Deshalb griff der Staat ein. Und alle aufrechten deutschen Christen ohne Unterschied der Kirchenpartei, denen es um das Leben der Kirche geht und nicht um die Rechte der kirchlichen Bürokratie, sie werden dem Staat Dank wissen, daß er endlich Ordnung schuf. Es ist ein Unterschied zwischen Staat und Staat. War es etwa für die lebendige Kirche ein Segen, daß dissidentische, christusfeindliche Minister des Novembersystems kalt und unbeteiligt die Kirche ihrem Schicksal überließen? Und ist nicht das vielmehr eine zu Dank verpflichtende Fügung, daß fromme Christenmänner an obrigkeitlicher und staatlicher Stelle aus ihrer protestantischen Verantwortung heraus mit starker Hand die zerfahrene Lage entwirren, Ordnung und Ruhe schaffen und die Bahn freimachen für segensreiche evangelische Arbeit am Volk?

Wer von uns würde es wagen, mit Martin Luther nachträglich zu rechten, der j a auch, seinem Gewissen folgend, gegen kirchliches und weltliches Recht sich auflehnte. Welcher Protestant nimmt es heute, nach Jahrhunderten rückblickender, geschichtlicher Schau, jenen Fürsten, die sich für die Reformation einsetzten, übel, daß sie von Staats wegen zu jenen umwälzenden religiösen Fragen Stellung nahmen? - Wir feiern den großen Schwedenkönig Gustav Adolf, der das Werk Luthers rettete, wir setzten ihm Denkmäler, ohne zu untersuchen, ob sein Eingreifen "formaljuristisch" gerechtfertigt war. Wir sehen in ihm das Werkzeug Gottes.

Wir wollen nicht kleingläubig sein, sondern dem Herrn der Kirche fest vertrauen. Der Herr der Geschichte ist auch der Herr der Kirchengeschichte.

Einst wird man die geschichtliche Notwendigkeit noch besser überschauen, daß eine starke Hand in das gefährdete Gefüge der Kirche ordnend eingegriffen hat. Die "Innerkirchlichkeit", die Materie der Kirche, die Substanz der Religion bleibt vollkommen unangetastet. Frei ist das Bekenntnis des Glaubens, frei die Predigt!

Froh und dankbar können Geistliche und Gemeinde, können die alten treuen Christen, die Stillen im Lande, dem Herrn der Kirche dienen, nun, da sie unbelastet sein können von der Trauer um den Kirchenzwist!

Erst recht froh aber muß es ihnen ums Herz sein, wenn sie sehen, daß nun die Bahn frei ist, die evangelische Verkündigung hineinzutragen in die breiten Schichten des Volkes. Das Volk ist bereit, sich dem Wort der Kirche zu öffnen. Die eine, beruhigte, befriedete Kirche wird dies Wort der alten und ewigen Wahrheit deutlich und vernehmbar in der Sprache sprechen, die das neuwerdende Volk versteht.

Es wird mancher diese neue Art und Sprache nicht mehr lernen. Wir sind ihm darum nicht gram. Auch an seinem stillen Wirken - wenn es aus ehrlichem Herzen kommt - wird der Heiland seine Freude haben. Wer in der großen beginnenden Volksmission den harten mühsamen Kampf um die Seelen und Herzen der Massen, um die Vielen dem Christentum entfremdeten Millionen nicht scheut, wer nur ein Ziel brennend ersehnt: das ganze evangelische Deutschland der evangelischen deutschen Volkskirche zu gewinnen, dem reichen wir zu gemeinsamer Arbeit die Hand: ans Werk!